**Pressemitteilung** *des Verbands Deutsche Nierenzentren (DN) e.V.,* *Berufsverband der Nephrologen in freier Niederlassung*

Düsseldorf, 26. März 2019

**Abschluss der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst – Gefahr für freie Nierenzentren wegen steigender Personalkosten**

***Anpassung der Dialysewochenpauschale ist dringend notwendig***

In den Praxen der frei niedergelassenen Nierenfachärzte (Nephrologen) werden multimorbide, chronisch kranke und ältere Patienten über Jahre oder Jahrzehnte wohnortnah ambulant versorgt. Die Betreuung dieser Patienten ist sehr pflegeintensiv und wird derzeit von rund 20.000 qualifizierten Pflegekräften durchgeführt.

Die Gewerkschaft Verdi hat für die Pflegekräfte im öffentlichen Dienst Lohnerhöhungen von insgesamt 8 % in drei Schritten bei einer Laufzeit von 33 Monaten erreichen können. Der Verband Deutsche Nierenzentren (DN) e.V, der Berufsverband der Nephrologen in freier Niederlassung, begrüßt die hierdurch zum Ausdruck kommende Wertschätzung der Pflegekräfte. Allerdings wird die von Verdi erzielte Lohnerhöhung im stationären Bereich dazu führen, dass sich die Personalsituation für die Praxen der niedergelassenen Nephrologen weiter verschärfen wird, da sie sich seit der Absenkung der Dialysewochenpauschale im Jahr 2013 einer erschwerten ökonomischen Situation gegenüber sehen.

Das im Januar 2019 veröffentlichte Gutachten zu „Struktur und Perspektiven der ambulanten nephrologischen Versorgung“ des Instituts für Mikrodaten-Analyse in Kiel (Leiter: Dr. Thomas Drabinski) legt erstmals eine vollständige und repräsentative Kostenstrukturanalyse der ambulanten Nephrologie in Deutschland vor, in die nicht nur die Zahlen der Praxen der frei niedergelassenen Nephrologen, sondern auch die der gemeinnützigen Träger KfH (Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation) und PHV (Patientenheimversorgung) umfassend eingeflossen sind. Das Gutachten kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass die Kosten für das nichtärztliche Personal die mit Abstand wichtigste Kostenart in den ambulanten Dialysezentren darstellen. 44% der Kosten der ambulanten Dialyse in Deutschland entfallen nicht auf Sachleistungen, sondern auf das nichtärztliche Personal; eine ambulante Dialysepraxis beschäftigt durchschnittlich 37,4 Personen, davon im Mittel 28,6 examinierte Krankenpflegekräfte, die sich kompetent und engagiert um die Betreuung der nierenkranken Patienten in den Mitgliedspraxen des DN e.V. kümmern.

Während Tarifsteigerungen für die Pflegekräfte in Krankenhäusern nach dem kürzlich in Kraft getretenen Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) vollständig durch die Krankenkassen refinanziert werden, gibt es für die niedergelassenen Nephrologen keine adäquate Kompensation; sie müssen Gehaltssteigerungen ihrer Mitarbeiter aus der radikal abgesenkten Dialysewochenpauschale finanzieren, die irreführenderweise meist als „Sachkostenpauschale“ bezeichnet wird.

Bisher ist es nicht gelungen, mit den Krankenkassen eine Dynamisierung der Dialysewochenpauschale zu vereinbaren, die die steigenden Kosten ausgleicht. Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass die Attraktivität der ambulanten Nierenzentren als Arbeitgeber stark abnehmen wird, da sie den Wettbewerb um Pflegkräfte über die Gehaltszahlungen nicht gewinnen können. „Das kann langfristig nicht ohne Auswirkungen auf die Versorgungsqualität der vielfach multimorbiden Patientinnen und Patienten bleiben, die sowohl auf eine qualifizierte ärztliche als auch auf eine umfassende pflegerische Betreuung angewiesen sind“, zeigt sich Dr. Michael Daschner, Vorsitzender des DN e.V., besorgt. „Wir erwarten, dass sich insbesondere die Kostenträger dieser Diskussion nicht länger verweigern!“, betont der Saarbrücker Nephrologe.